

ZUR ZUKUNFT DER ARCHIVE VON PROTEST-, FREIHEITS- UND EMANZIPATIONSBEWEGUNGEN

POSITIONSPAPIER DES VdA ZU DEN ÜBERLIEFERUNGEN DER NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen haben die deutsche Gesellschaft seit 1945 nachhaltig geprägt. Dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht geschrieben werden kann, ohne den Einfluss sozialer Bewegungen und der Oppositionsbewegungen auf Politik, Sozialgeschichte, Alltagskulturen und Lebensformen zu berücksichtigen, ist in der zeitgeschichtlichen Forschung längst anerkannt. In eklatantem Widerspruch zu ihrer historischen Bedeutung stehen jedoch die Bedingungen, unter denen die Quellen dieser Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen gesichert und überliefert werden. Der Arbeitskreis Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen¹ will mit diesem Positionspapier die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Quellen lenken, weil sie für die Sicherung des kulturellen Erbes, die Geschichtsschreibung und Gesellschaftsanalyse der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sind.²

I. Problemskizze

In der deutschen Geschichte gab es immer wieder soziale Bewegungen, in denen emanzipatorisches Gedankengut und Freiheitsstreben sichtbaren Ausdruck fanden. Protest-, Widerstands- und Alternativ-/Gegenkulturbewegungen sind ein fester Bestandteil einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Politisch gesehen ist die Demokratie ohne Protest, Widerstand und Utopie nicht zu verteidigen und zukunftsfähig zu erhalten. Die Demokratie lebt nicht allein von ihren Institutionen und Regeln, sie lebt insbesondere auch vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Institutionen, Verbände und Parteien. Und sie lebt auch vom begrenzten Regelbruch und dem Ausprobieren neuer Ideen. Die Relevanz und prägende Rolle von sozialen Bewegungen wird vielfach erst im Nachhinein erkannt. Solange diese bestehen, fehlt den offiziellen Gedächtnisinstitutionen die Motivation und auch die Möglichkeit, deren Aktivitäten zu überliefern. Erst nach ihrer Etablierung, wie die Beispiele der Nationalversammlung 1848/49 oder der DDR-Bürgerrechtsbewegung zeigen, finden Zeugnisse der Bewegungen als Bestandteil der offiziellen Erinnerungskultur verstärkt Eingang in staatliche und kommunale Archive.

Doch was passiert mit sozialen Bewegungen, deren Anliegen und Deutungsmuster nicht Teil des politischen oder kulturellen Selbstverständnisses der Gesellschaft geworden sind? Auch Minderheiten, AussteigerInnen³ und QuerdenkerInnen sind Teil der Gesellschaft, folglich gehören ihre Dokumente ebenso zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und müssen angemessen überliefert werden.

Ihre Zeugnisse fanden kaum Eingang in die öffentlichen Archive. Hier finden sich überwiegend Unterlagen, in denen sich die Sicht Außenstehender spiegelt. Aktionen und Motive der Handelnden

müssen überwiegend aus den Unterlagen erschlossen werden, die aus der Sicht derer angelegt wurden, die diesen Bewegungen zumeist kritisch gegenüber standen.

Für die zeitgeschichtliche Forschung, die politische Bildungsarbeit, aber auch für die Identitätsbildung und damit die Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft sind authentische Quellen zur Emanzipations- und Freiheitsgeschichte unabdingbar. Es müssen also Wege gefunden werden, das bei den AkteurInnen dieser Bewegungen entstandene und an verschiedenen Stellen verstreute Material zu sichern und zugänglich zu halten.

Eine alle gesellschaftlichen Lebenswelten umfassende Archivierung muss mit der Entwicklung der Gesellschaft Schritt halten; das gilt insbesondere für politische Prozesse: „... je stärker die repräsentative Demokratie durch partizipatorische Elemente ergänzt wurde und je mehr Mitglieder die Parteien verlieren, je stärker sich also politische Aktivität auf Akteure und Felder außerhalb der Parlamente und Parteien verlegt, desto drängender wird die Frage, wie systematisch sie eigentlich dokumentiert wird. Während der Bestand der Parteiarhive durch staatliche Zuschüsse langfristig gesichert ist, ist dies im politischen Feld jenseits der Parlamente und Parteien keineswegs der Fall. Ein wachsender Teil des politischen Geschehens wird also nicht durch öffentliche Mittel archivarisches gesichert und für die Forschung aufbereitet, was potenziell die historiografische Perspektive auf den politischen Wandel verzerrt.“⁴

¹ Der Arbeitskreis Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen wurde im Februar 2009 gegründet. Er ist aus Gesprächen entstanden, die seit dem Archivtag 2007 in Mannheim zwischen VertreterInnen einiger Freier Archive und dem VdA-Vorstand geführt wurden, und verfolgt das Ziel, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen des Archivwesens zu verbessern und die Bedeutung der Freien Archive stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Dieses Positionspapier wurde zwischen November 2014 und Februar 2016 von Jürgen Bacia (Archiv für alternatives Schrifttum), Matthias Buchholz (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Sabine Happ (Universitätsarchiv Münster), Julia Kathke (Landesarchiv Baden-Württemberg, ab September 2015), Nina Matuszewski (Kölner Frauengeschichtsverein), Dagmar Nöldge (FFBIZ - Das feministische Archiv, bis Frühjahr 2015), Clemens Rehm (Landesarchiv Baden-Württemberg), Reinhart Schwarz (Hamburger Institut für Sozialforschung), Anne Vechtel (Archiv Grünes Gedächtnis) und Cornelia Wenzel (Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung) erarbeitet und am 25. Februar 2016 vom Vorstand des VdA verabschiedet.

² Vgl. dazu Lothar Rolke: Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs. Opladen 1987; Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Hg. von Michael Buckmiller u. Joachim Perels. Hannover 1998; Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Hg. von Roland Roth u. Dieter Rucht. Frankfurt am Main 2008; Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute. Hg. von Martin Löhning, Mareike Preisner u. Thomas Schlemmer. Tübingen 2015.

³ Das in diesem Papier verwendete große ‚I‘ steht für die Einbeziehung aller Geschlechter.

⁴ Detlef Siegfried: Rezension zu: Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel: Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten. Berlin 2013. Im Internet unter: <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-21750?language=de> (aufgerufen am 16.9.2015).



II. Bestandsaufnahme zur Überlieferungssituation

Die Überlieferungsbildung zu den sozialen Bewegungen zählt in den öffentlichen Archiven zu den freiwilligen Arbeitsfeldern. Anders als die Überlieferungssicherung öffentlicher Institutionen ist diese Aufgabe archivrechtlich nicht als Pflichtaufgabe verankert. Deshalb spiegeln sich die Aktivitäten sozialer Bewegungen nicht adäquat in den Beständen der verschiedenen öffentlichen Archive wider. In archivfachlichen Diskussionen werden zwar häufig Probleme der Überlieferungsbildung und der Überlieferungsdefizite von nichtamtlichem Archivgut thematisiert. Dabei geht es allerdings zumeist um Unterlagen von Vereinen, Firmen, Parteien und anderen Einrichtungen in nichtöffentlicher Trägerschaft. Die Problematik der Quellensicherung bei zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie unabhängigen Initiativen und Bündnissen werden gar nicht oder bestenfalls am Rande gestreift.⁵

In der Praxis betreuen staatliche, kommunale und universitäre Archive ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich und erfüllen, je nach Mittelausstattung, ihren Überlieferungsauftrag. Vereinzelt kommen mit der Übernahme von Nachlässen Materialien aus den sozialen Bewegungen in die Archive, allerdings geschieht dies oft zufällig und vor allem bei Initiativen, Personen und Gruppen, deren Bedeutung in der Wissenschaft oder Öffentlichkeit schon bekannt ist oder diskutiert wird. Diese Ansätze sind meist dem Engagement einzelner ArchivarInnen zu verdanken und bleiben oft ohne institutionelle Kontinuität und Nachhaltigkeit.

Ausnahmen bilden einige größere Bestände von bekannten Initiativen oder Personen, die auf Grund ihrer Geschichte oder besonderer Begebenheiten beispielsweise im APO-Archiv an der Freien Universität Berlin, dem Archiv der Sozialen Demokratie, dem ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, dem Hamburger Institut für Sozialforschung, dem Institut für Zeitgeschichte und dem Archiv Grünes Gedächtnis gesammelt wurden und dort eingesehen werden können.⁶

Aufgrund der Nähe von Teilen der sozialen Bewegungen zu akademischen Kreisen und einer gewissen infrastrukturellen Voraussetzung an den Hochschulen wären entsprechende Materialien in den Universitätsarchiven zu vermuten. Aber auch hier bleibt die Sicherung bisher meist punktuell: zum einen, weil viele Universitäten erst spät begonnen haben, eigene Archive aufzubauen und häufig auch dann nicht an diesen Unterlagen interessiert sind, zum anderen, weil viele ProtagonistInnen der sozialen Bewegungen den Universitätsarchiven genauso wie anderen Archiven in öffentlicher Hand ihr Material nicht anvertrauen woll(t)en.⁷

Von Kommunalarchiven könnte am ehesten erwartet werden, dass dort zu den verschiedenen Alternativ- und Protestbewegungen gesammelt wird. In einem Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) von 2004 wird als zentrale Aufgabe definiert, „die lokale Gesellschaft und Lebenswirklichkeit umfassend abzubilden, deren Ereignisse, Phänomene, Strukturen im Großen wie im Kleinen zu dokumentieren und dabei der Pluralität des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehens gerecht zu werden“.⁸ Doch auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander, wie eine empirische Erhebung speziell zur Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen bei allen deutschen Kommunalarchiven im Jahr 2015 ergeben hat: Nur 335 der 1.500 befragten Stadt-, Kreis- und Gemeindearchive besaßen Materialien; rund 200 dieser Archive verfügten über weniger als 5 laufende Regalmeter (lfm.), weitere

rund 100 Einrichtungen besaßen bis zu 20 lfm. – und lediglich rund 20 Archive besaßen Sammlungen im Umfang von mehr als 20 lfm.⁹ Für das gesamte Spektrum der sozialen Bewegungen nach 1945 ist ein ähnlich ernüchterndes Ergebnis zu erwarten.

Es muss also konstatiert werden, dass die für die Archivierung zuständigen kommunalen, staatlichen und universitären Archive strukturell nicht in der Lage sind, eine Sicherung der vielfältigen Überlieferungen zu gewährleisten. Zum einen fehlt ihnen der geregelte Zugriff auf die vorhandenen und möglicherweise archivwürdigen Unterlagen, zum anderen ist die Neigung in sozialen Bewegungen erfahrungsgemäß – und verständlicher Weise – gering, die Unterlagen in die Obhut eines traditionellen Archivs zu geben: zu groß ist die Distanz vieler dieser Initiativen und Personen zu diesen Institutionen.¹⁰

Freie Archive¹¹

Freie Archive gehen auf die Oppositions- und Protestbewegungen seit den 1960er Jahren zurück. Fast alle Gruppen und Initiativen dieser Bewegungen standen an verschiedenen Punkten und auf verschiedenen Ebenen in Konflikt mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. In diesem Prozess der Auseinandersetzung bildeten sie ein eigenes politisches Selbstverständnis heraus. Zu diesem Selbstverständnis gehörte es, die Dokumente der eigenen Arbeit und die Dokumente der Auseinandersetzung mit dem Staat und seinen Institutionen, mit Politik und Verwaltungen aufzuheben – genau hier liegen die Keimzellen der Freien Archive, die parallel zur politischen Arbeit entstanden und zunächst besser als Handapparate der Gruppen und Initiativen zu bezeichnen waren. Diese Archive wurden als unabhängige Orte der Überlieferung der eigenen Geschichte aufgebaut: zum einen, um sich der eigenen Geschichte, der eigenen Aktivitäten, der eigenen politischen Identität vergewissern zu können, zum anderen, um die Sicherung der Dokumente des eigenen, (system-)oppositionellen Handelns nicht dem Staat und seinen Archiven zu überlassen. So vielschichtig, uneinheitlich und bunt die Bewegungslandschaft war, so bunt und disparat entwickelte sich auch die Archivlandschaft, die sie hervorgebracht hat:¹² Sie nennen sich Archiv, Informationsstelle, Dokumentations- oder Bildungszentrum, Anarchiv, Pressearchiv oder Bibliothek und halten sich weder an die historisch entstandenen Definitionen der „klassischen“ Einrichtungen noch an deren Sparteneinteilung. Sie sind von ihren Beständen her eine Mischform aus Archiv, Bibliothek und Dokumentationsstelle. Entsprechend beherbergen sie die unterschiedlichsten Dokument- und Materialarten. Es finden sich dort Archiv- und Bibliotheksbestände, Pressedokumentationen, Sammlungen von Objekten oder musealen Gegenständen. Die meisten Freien Archive verfügen über einen großen Anteil an Grauer Literatur, also Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen, Samisdat-Publikationen¹³, Zeitungen und Zeitschriften aus Selbstverlagen beziehungsweise kleinen alternativen Verlagen, deren Veröffentlichungen sich nicht in den etablierten Archiven und Bibliotheken finden. Manche besitzen große Mengen Fotos, Plakate, Tondokumente, Handakten, Protokolle, Filme und Sammlungen mit lebensgeschichtlichen Interviews, umfangreiche Sammlungen von Presseartikeln. Andere hüten Personen-, Gruppen- oder Redaktionsnachlässe. Gelegentlich werden auch Transparente von Demonstrationen sowie Anstecker, Aufkleber und allerlei Devotionalien gesammelt. Ziel war und ist es also nicht, eine bestimmte Art von Einrichtung zu gründen, sondern die Geschichte einer Gruppe, einer Bewegung, einer Region oder eines thematischen

Zusammenhangs mit allen Materialien zu überliefern, die dafür produziert worden sind. Bei den Freien Archiven gibt es keinen Überlieferungsauftrag im herkömmlichen Sinne, vielmehr definieren diese Einrichtungen ihre Zuständigkeit und ihr Sammlungsprofil selbst. Neben vielfältigen weiteren Aufgaben, wie etwa Forschung oder Bildungsarbeit, steht die Überlieferungssicherung teils mehr, teils weniger im Vordergrund. Gemeinsam ist ihnen, dass sie im Gegensatz zu den traditionellen Archiven in der Regel einen guten Zugang zu den jeweiligen Szenen und damit einen direkten Zugriff auf deren Dokumente haben.

Im Jahr 2016 gibt es in Deutschland etwa 90 Freie Archive, die im weitesten Sinne dem Umfeld der Oppositions- und Protestbewegungen der Bundesrepublik und der Bürgerrechtsbewegung der DDR zuzurechnen sind. Den größten Anteil machen die Frauenarchive aus (24), gefolgt von einigen unabhängigen Umweltbibliotheken/-archiven (18), den linksalternativen Archiven (15) und den Dritte-Welt- bzw. Eine-Welt-Archiven (8). Viele dieser Archive haben sehr umfangreiche Sammlungen zusammengetragen:

15 Archive verfügen über Bestände von mehr als 500 Regalmetern, 22 Archive verfügen über Bestände zwischen 200 und 500 Regalmetern; die verbleibenden gut 50 Archive besitzen zum Teil deutlich unter 200 Regalmetern. Wenn man die Bestände aller Freien Archive zusammenzählt, kommt man vorsichtig gerechnet auf mindestens 20 Regalkilometer.¹⁴

Um zu verdeutlichen, was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, hier einige Beispiele:

Das 1985 in Duisburg gegründete Archiv für alternatives Schrifttum (afas) hat die bundesweit umfangreichste Sammlung zu nahezu allen Bereichen der sozialen Bewegungen zusammengetragen und Hunderte von Sammlungen von Projekten, Initiativen, Zeitungsredaktionen oder Privatpersonen übernommen. Zu dem Gesamtbestand von 1.500 Regalmetern gehören neben dem Archivgut über 8.000 Zeitschriftentitel, 12.000 Broschüren, 15.000 Plakate, 50.000 Flugblätter, 3.500 Fotos, über 10.000 Bücher sowie Buttons, Flyer, Transparente, Museumsgut und Devotionalien. Die neue Frauenbewegung hat einige bedeutende Archive hervorgebracht. Bereits in den 1970er Jahren wurden in Berlin der Spinnboden und das Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ) gegründet. Der Spinnboden, neben Herstory in New York das größte Lesbenarchiv weltweit, sammelt sowohl zur aktuellen als auch zur historischen Lesbenbewegung. Er übernahm bisher 40 Nachlässe. Das FFBIZ hat die wohl größte Sammlung zur neuen Frauenbewegung aufgebaut. Es weist neben Publikationen dieser Bewegung mehrere tausend Plakate und Fotos sowie Flugblätter und Buttons nach.

Das 1983 in Kassel gegründete Archiv der deutschen Frauenbewegung ist mit einem Bestand von 550 Regalmetern das wohl umfangreichste zur historischen Frauenbewegung. Es beherbergt 45 Nachlässe, 35 Aktenbestände von Frauenorganisationen, archaische Sammlungen zu Personen, Körperschaften und Themen, 6.000 Fotos sowie eine 35.000 Titel umfassende Spezialbibliothek. Das Bremer Frauenarchiv und Dokumentationszentrum, 1986 als Teil des Kultur- und Bildungszentrums belladonna gegründet, bietet neben anderen Beständen mit 350.000 Artikeln das größte Frauenpressearchiv in Nordeuropa.

Der FrauenMediaTurm in Köln verfügt über eine umfangreiche Bibliothek zur Neuen Frauenbewegung und über rund 30.000 Fotos aus dem Umfeld der Emma-Redaktion.

Aus den Bürgerbewegungen der DDR sind einige Archive hervorgegangen, die die Geschichte der oppositionellen Gruppen dokumentieren. Mit dem in Berlin beheimateten Archiv der DDR-Opposition in der Robert Havemann-Gesellschaft, dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig und dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte in Jena gibt es neben einigen weiteren Einrichtungen in Ostdeutschland gleich drei Archive, in denen in großem Umfang authentische Quellen aus dem Widerstand der Oppositionsbewegungen der DDR zu finden sind, die man in staatlichen Archiven vergebens sucht. So beherbergt die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Archiv Grauzone auch das Archiv der ostdeutschen Frauenbewegung.

Das 1985 gegründete Archiv des Schwulen Museums Berlin, eines der größten der Welt, hat bislang ca. 50 Nachlässe übernommen, darunter solche von Überlebenden des Nationalsozialismus. Ferner verfügt es über eine umfangreiche Sammlung von Publikationen und Grauer Literatur zur Geschichte der Schwulenbewegung seit den 1950er Jahren.

Das 1987 in Hamburg gegründete Archiv Aktiv hat eine einzigartige Sammlung zur Geschichte der gewaltfreien Bewegungen aufgebaut. Neben Materialien der PazifistInnen und KriegsdienstgegnerInnen finden sich dort auch Unterlagen zu Ökologie-, Friedens- und Menschenrechtsbewegungen.

Das 1983 in Freiburg gegründete Archiv Soziale Bewegungen sammelt umfassend die Dokumente der Alternativ- und Protestbewegungen der Region, aber auch Materialien aus der Nordschweiz und dem Elsass.

- 5 In den Jahren 2010 und 2011 hat sich die Bundeskonferenz der Kommunalarchive auf ihren Jahrestagungen mit dem Thema „Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven“ beschäftigt, doch auch hier spielten die Überlieferungen aus den sozialen Bewegungen nur eine marginale Rolle. Siehe dazu: Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven. Hg. von Marcus Stumpf u. Katharina Tiemann. Teil 1: Strategien, Überlieferungsbildung, Erschließung. Münster 2011. Teil 2: Bestandserhaltung, Dokumentationsprofil, Rechtsfragen. Münster 2012.
- 6 Eine Zusammenstellung zu vorhandenen Beständen bei: Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel: Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten. Berlin 2013, S. 34ff.
- 7 Vgl. Thomas Becker, Ute Schröder: Die Studentenproteste der 60er Jahre. Köln 2000; aber auch: Thomas Becker: Archivarische Bewertung der Unterlagen in Universitätsarchiven und anderen öffentlichen Archiven. In: Kretschmar, Rehm, Pilger (Anm. 5), S. 75-85, v. a. S. 84f.; Diskussionsergebnisse dazu bei: Clemens Rehm: 1968 – Was bleibt von einer Generation? In: Kretschmar, Rehm, Pilger (Anm. 5), S. 37-44, v. a. S. 43.
- 8 Positionspapier Das historische Erbe sichern! Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung? Empfehlungen der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, 2004. http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Positionspapier_Ueberlieferungsbildung.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2016).
- 9 Jürgen Bacia, AnneNiezgodka, Claudia Spahn: Große Defizite bei Kommunalarchiven. Eine empirische Untersuchung zur Überlieferung Neuer sozialer Bewegungen. In: Archivar 68 (2015) H 3, S. 251-254.
- 10 Dieses Phänomen verstärkt sich, je größer das Misstrauen gegenüber den öffentlichen Archivierungsinstitutionen ist. Bemerkenswerte Beispiele dafür sind kirchennahe Gruppen und DDR-Oppositionelle, die ihre Materialien unabhängigen Archiven anvertrauen und nicht Kirchenarchiven oder der Stiftung Aufarbeitung.
- 11 Der Begriff Freie Archive wird hier für die Archive der Alternativ- und Oppositionsbewegungen benutzt.
- 12 Vgl. die Zusammenstellung von oppositionellen und gegenkulturellen Bewegungen in Ost- und Westdeutschland im Anhang.
- 13 Bei Samisdat handelt es sich um illegale und an der staatlichen Zensur vorbei vervielfältigte und verbreitete Publikationen.
- 14 Siehe Bacia, Wenzel, 2013 (Anm. 7), S. 23 und S. 98f. Einige Zahlen wurden 2016 aktualisiert. Im Bereich der Grauen Literatur sind einige Überschneidungen zu berücksichtigen.



Das Archiv soziale Bewegungen in der Hamburger Roten Flora und der Berliner Papiertiger bestehen seit 25 bzw. 30 Jahren und verfügen über die größten Sammlungen aus den autonomen Bewegungen seit den 1970er Jahren.

Das räumlich sehr unscheinbare Umbruch Bildarchiv in Berlin hat in den fast 30 Jahren seines Bestehens eine Sammlung von rund 100.000 Fotos und Dias aus den politischen und sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte zusammengetragen. Dies funktioniert nur durch ein Netz von FotografInnen, die in den verschiedenen Bewegungen zu Hause sind, an deren Aktionen teilnehmen und ihre Bilder zur Verfügung stellen.

Das 1998 in Berlin gegründete Archiv der Jugendkulturen sammelt als einzige Einrichtung dieser Art in Europa in großem Stil authentische Zeugnisse wie Fanzines, Flyer, Musik, aber auch Archiv- und Bibliotheksgut aus den verschiedenen Jugendszenen. Das in Köln ansässige 1990 gegründete Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) sammelt sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Zeugnisse von nach Deutschland eingewanderten MigrantInnen.

Das erst seit 2001 bestehende Gorleben Archiv sammelt Flugblätter, Fotos und Filme, Plakate, Protokolle und Briefe der Bewegung, die seit den 1970er Jahren gegen das geplante Endlager für Atom-Abfall im Wendland kämpft.

Seit Mitte der 1980er Jahre setzt sich das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) mit rechtsradikalen Bewegungen in Deutschland auseinander. Dazu sammelt es sowohl authentische Dokumente rechter Organisationen als auch Publikationen antifaschistischer Gruppen.

Absicherung und Erschließung

Der professionelle Standard der Freien Archive bezüglich archiv- und bibliotheksfachlicher Arbeitsweise ist sehr unterschiedlich. Häufig leiden die Archive darunter, dass sie den Mangel verwalten müssen. Das fängt bei der sachgerechten Lagerung der Materialien an und endet bei den Personalkosten, denn kaum ein Archiv verfügt über feste Stellen. Fast alle MitarbeiterInnen haben autodidaktisch begonnen, viele haben sich fachlich weitergebildet. Trotz dieser Schwierigkeiten findet man in vielen Freien Archiven elektronische Kataloge, die zum Teil eine Online-Recherche erlauben. In größerem Umfang werden vor allem Zeitschriften und Broschüren katalogisiert (Graue Literatur), deutlich seltener werden Plakate und Fotos oder gar einzelne Artikel verzeichnet. Findbücher zu Archivbeständen bilden immer noch die Ausnahme.

Am besten organisiert sind die Frauenarchive. Der i.d.a. Dachverband deutschsprachiger Frauen-/ Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen hat bereits im Jahr 2000 einen gemeinsamen Internet-Auftritt eingerichtet. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde eine Metadatenbank über die Bestände in den Frauenarchiven aufgebaut, die seit November 2015 online ist. Der Ausbau dieser Metadatenbank zu einem Deutschen Digitalen Frauenarchiv ist – ebenfalls mit Unterstützung des BMFSFJ – in Planung.

In der Datenbank der Eine-Welt-Archive werden Artikel zu Entwicklungspolitik und Internationalismus nachgewiesen. Auch die Infoläden haben eine Verbunddatenbank, die allerdings darunter leidet, dass sie nur noch von wenigen Einrichtungen aktualisiert wird. In die von der Staatsbibliothek zu Berlin betriebene zentrale Zeitschriften-Datenbank (ZDB), in der bundesweit alle wichtigen

Periodika nebst ihren Standorten verzeichnet sind, haben es nur wenige Zeitschriften aus Freien Archiven geschafft. Die dafür erforderliche Mehrarbeit kann kaum ein Freies Archiv leisten. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet wiederum das Netzwerk der Frauenarchive: Seit 2002 wird dort die ZDB-Eingabe gemeinsam organisiert. Inzwischen sind auf diesem Wege etwa 1.300 vorher nicht nachgewiesene Titel vor allem kleinerer, regionaler Frauenzeitschriften mit geringer Auflage in die ZDB eingearbeitet worden.

Die Bestände der Freien Archive zu den sozialen Bewegungen übertreffen diejenigen in staatlichen und kommunalen Archiven um ein Vielfaches, qualitativ wie quantitativ. Die zeitgeschichtliche Bedeutung dieser Bestände steht jedoch in krassem Gegensatz zu Ausstattung und Absicherung dieser Einrichtungen. Freie Archive werden meist mit einer Mischform aus bezahlter und unbezahlter Arbeit betrieben, einige arbeiten gänzlich unbezahlt. Die meisten führen einen lang andauernden und beharrlichen Kampf um staatliche oder kommunale Unterstützung oder bemühen sich bei einschlägigen Stiftungen um Förderung.

Einigen größeren Archiven sind in den letzten Jahren erste Schritte zu einer besseren Absicherung gelungen. So konnte das Schwule Museum in Berlin mitsamt Archiv und Bibliothek eine institutionelle Förderung über den Senat erreichen, das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel wird seit längerem institutionell vom Land Hessen und das Frauenarchiv und Dokumentationszentrum belladonna vom Bremer Senat gefördert, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland erhält neben Unterstützung durch die Stadt Köln institutionelle Förderung durch das Land NRW und seit kurzem ist auch für das Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg die Unterstützung vom Land Baden-Württemberg aufgestockt worden. Alle anderen Freien Archive leben von Projektmitteln oder arbeiten ohne Bezahlung. Die unabhängigen Archive der DDR-Bürgerrechtsbewegung haben über die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Gedenkstättenstiftungen der jeweiligen Länder oder die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen zwar keine dauerhaft gesicherte Existenzgrundlage, aber doch zumindest die Aussicht auf regelmäßige Projektförderung. Einigen größeren Frauenarchiven und dem ida-Dachverband gelingt es immer wieder, nicht unerhebliche Projektförderungen durch Bundesministerien zu erhalten: Eine dauerhafte und zuverlässige Finanzierung ist aber auch hier nach wie vor Utopie. Und auch das Archiv für alternatives Schrifttum, das seit langem bundesweit zu einem wichtigen Auffangarchiv für Materialien aus allen Bereichen der sozialen Bewegungen geworden ist, lebt von viel zu geringen, jährlich neu zu beantragenden Projektmitteln. Dieser prekären Lage ist es geschuldet, dass die eigentlich erforderliche gezielte Sammel- und Erschließungstätigkeit nicht in ausreichendem Maße geleistet werden kann. Zugleich stehen die Freien Archive vor vielfältigen Herausforderungen:

- Sie werden zunehmend von der zeitgeschichtlichen Forschung wahrgenommen und genutzt, weil bei ihnen Dokumente vorhanden sind, die in allen anderen Archiven fehlen.
- Gruppen und Initiativen, die sich auflösen oder umstrukturieren, bieten ihre Materialien direkt den Freien Archiven an.
- Anerkannte wissenschaftliche Institutionen verweisen Personen und Institutionen, die über einschlägiges archivwürdiges Material verfügen, an Freie Archive. Allein im Jahr 2015 haben das Institut für Zeitgeschichte, die Freie Universität Berlin, das Institut für die Geschichte der Medizin der Robert Bosch-

Stiftung und die Archivschule Marburg MaterialgeberInnen mit entsprechenden Unterlagen an das Archiv für alternatives Schrifttumverwiesen.

- Selbst Sammlungen, die bereits anderenorts archiviert waren, werden inzwischen an Freie Archive abgegeben. So sah sich die Freie Universität Berlin nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für ein umfangreiches Archiv zu rechten Organisationen in der Bundesrepublik zu übernehmen. Abgegeben wurde es an das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin, das über keine gesicherte Finanzierung verfügt.

Die fachlich zu begrüßende Tendenz, Freien Archiven eine wichtige Rolle bei der Überlieferungssicherung unkonventioneller Materialien zuzuweisen, belegt sehr deutlich, dass auch grundsätzlich geeignete, etablierte öffentliche Archive eine dauerhafte Archivierung von Unterlagen aus der alternativen Szene nicht garantieren können. Zwar wird allenthalben auf die Bedeutung von Archiven als Gedächtnis der Gesellschaft verwiesen, doch trotz ihres unübersehbaren Alleinstellungsmerkmals existiert für die Freien Archive bisher keine systematisch angelegte Förderung. Hier besteht seitens des Bundes, der Länder und der Kommunen dringender Handlungsbedarf.

III. Schlussfolgerungen

Die Überlieferungen der sozialen Bewegungen gewähren Einblick in Strukturen, die sich jenseits des staatlichen Einflusses entwickelt haben. Sie sind Beleg und Ausdruck lebendiger demokratischer Kultur in Deutschland und bilden einen Teil der Identität der Bundesrepublik. Es gilt, sie flächendeckend zu erhalten, in ihrer Substanz zu bewahren und zugänglich zu machen. Mit dieser anspruchsvollen Aufgabe sind die zumeist von Projektförderung lebenden Freien Archive oder gar ehrenamtlich betriebenen Initiativen mit der jetzigen finanziellen Ausstattung auf Dauer überfordert. Die bundesrepublikanische Gesellschaft steht vor der Herausforderung, eine angemessene Überlieferung der einzigartigen Quellen sicherzustellen.

Im Folgenden werden dazu verschiedene Lösungsoptionen vorgestellt. Dabei werden bisherige Erfahrungen, Realisierungschancen und mögliche Konsequenzen aufgezeigt.

a) Projektförderung

Es gelingt vielen Freien Archiven, überzeugende Projekte zu entwickeln, die von verschiedenen Stellen gefördert werden. Damit geht aber keine dauerhafte institutionelle Förderung einher, vielmehr erhöht sich der Aufwand für die Archive mit der Beantragung und Verwaltung solcher Projekte. Eine kontinuierliche Arbeit im Bereich von Kernaufgaben, besonders in der Überlieferungsbildung und der NutzerInnenbetreuung, ist auf diese Weise nahezu unmöglich. Zur Bewahrung der Überlieferung der sozialen Bewegungen gilt es, Strukturen aufzubauen, die die nachhaltige Sicherung gewährleisten. Dieses Problem kann durch die Einwerbung von projektgebundenen Mitteln nicht gelöst werden.

b) Öffentliches Archivwesen

Dem Versuch, die Probleme bei der Archivierung von Unterlagen der sozialen Bewegungen durch die Ausweisung zusätzlicher Mittel in öffentlichen Archiven zu lösen, sind enge Grenzen

gesetzt. Da diese Aufgabe archivgesetzlich nicht verankert ist, sind erfahrungsgemäß sowohl kommunale Gremien als auch staatliche Stellen in der Regel nicht bereit, diese zusätzliche Aufgabe in ihren Archiven zu finanzieren. Wie einschlägige Beispiele zeigen, wird vielmehr versucht, diese Aufgabe an dritte Stellen abzuschieben. Selbst wenn in Einzelfällen doch eine dauerhafte Lösung in einem Archiv der öffentlichen Hand gelingen konnte, ist unbestritten, dass auf diese Weise keine nachhaltige flächendeckende Lösung der geschilderten Probleme erreicht werden kann, zumal von Seiten potentieller VorlassgeberInnen nicht selten Ressentiments gegenüber staatlichen Institutionen zu konstatieren sind.

c) Verbundlösungen

Der Zusammenschluss von mehreren Archiven zu regionalen und überregionalen Verbundlösungen wird oft als eine mögliche Lösung angeführt, da auf diese Weise Synergieeffekte erzielt werden können. Doch auch diese Lösung hat sehr enge Grenzen: Ein Verbund von Freien Archiven kann kaum zur Absicherung der Überlieferung beitragen, da diese Archive nur über eine prekäre Ausstattung verfügen. Ein Verbund mit öffentlichen PartnerInnen und Freien Archiven der sozialen Bewegungen käme einer finanziellen Subventionierung der Freien durch die Archive der öffentlichen Hand gleich. Eine dauerhafte Absicherung der Überlieferung der sozialen Bewegungen kann auf diesem Weg nicht erreicht werden. Ohnehin zeigt der Blick auf die gesamtdeutsche „Szene“, dass viele einzelne AnsprechpartnerInnen (Städte, Gemeinden, Landkreise, Länder etc.) mit jeweils spezifischen Interessen nur in einem extrem komplexen Prozess zu einem Verbund gestaltet werden könnten. Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich Archivverbände auf lokaler Ebene und vor allem zu Einzelfragen bewährt, z. B. im Rahmen von Notfallverbänden.

d) Freie Archive

Die Absicherung der bestehenden und etablierten Freien Archive der sozialen Bewegungen durch eine dauerhafte institutionelle Förderung ist die optimale Lösung, da dies aus Sicht der NutzerInnen, der Initiativen und im Hinblick auf die jeweilige Identität der beste Weg ist. Auf diese Weise sind die Bestände der sozialen Bewegungen, die oftmals lokal stark verankert sind, flächendeckend am besten zu überliefern. Für Archive, die landesweit sammeln, ist die Förderung durch die Bundesländer zu intensivieren und für die großen, bundesweit sammelnden Freien Archive ist dringend auch eine finanzielle Förderung auf Bundesebene anzustreben. Nicht nur im Hinblick auf die in den letzten Jahrzehnten angelegten Sammlungen, sondern auch angesichts der vielfältigen noch nicht archivierten Unterlagen in Privatbesitz, deren Übernahmen absehbar sind bzw. deren Verlust droht, besteht dringender Handlungsbedarf, vorhandene arbeitsfähige Strukturen auszubauen.

e) Zentrales Auffangarchiv

Die notwendige umfassende und dauerhafte Absicherung der Freien Archive konnte in den letzten Jahren trotz intensiver Bemühungen nicht erreicht werden und wird sich auch im nötigen Umfang zeitnah nicht realisieren lassen. Daher ist zur Sicherung der Dokumente sozialer Bewegungen eine zentrale Auffanginstitution für gefährdete Archive, ein Archiv für Bewegungsgeschichte und Alternativkulturen zu schaffen. Die Aufgabe einer solchen Institution besteht darin, die Bestände gewachsener Archive aus



dem Umfeld der sozialen Bewegungen, die nicht mehr weitergeführt werden können, zu übernehmen und dauerhaft zu sichern. Sie bietet aber auch den Materialien von sozialen Bewegungen, Gruppen und Initiativen, die von anderen Freien Archiven nicht übernommen werden können und die nicht bereit sind, ihre Archive und Sammlungen an staatliche, kommunale oder universitäre Archive abzugeben, eine unabhängige, sichere und dauerhafte Heimat. Für die Umsetzung dieses Konzeptes kann eine neue Institution geschaffen oder die Funktion eines Auffangarchivs – bei der adäquaten Ausstattung mit finanziellen Ressourcen – an einem der bestehenden Freien Archive angesiedelt werden. Den organisatorischen und finanziellen Rahmen könnte eine privatrechtliche Stiftung bilden.

Zusammenfassung

Die Förderung der Freien Archive ist eine Herausforderung von bundesweiter Bedeutung. Eine dauerhafte und ausreichende institutionelle Unterstützung durch die öffentliche Hand würde dem Umstand Rechnung tragen, dass es sich bei der Überlieferung der sozialen Bewegungen um Kulturgut nationalen Ranges handelt. Es ist deshalb dringend notwendig, bestehende Strukturen auszubauen und angemessen zu finanzieren, die dieses kulturelle Erbe sichern und zugänglich halten. AnsprechpartnerInnen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Freien Archive im Hinblick auf finanzielle Unterstützung sind zuerst die jeweiligen Landkreise, Städte und Gemeinden. Im Interesse der kulturellen Identität ihrer Kommune, ihrer Region obliegt ihnen die Förderung der Initiativen vor Ort. Doch dürfen die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden. Auch die einzelnen Bundesländer und der Bund stehen hier in der Pflicht. Da die Freien Archive nicht nur über alle Bundesländer verstreut sind, sondern ihre Aufgaben sehr oft landes- und bundesweit verstehen und erledigen, liegt es nahe, die Gemeinschaftsgremien bzw. -institutionen des Bundes und der Länder in die Verantwortung zu nehmen. Flankierend dazu ist die Errichtung einer Stiftung notwendig, die als zentrale Auffanginstitution für diejenigen Archive bereitsteht, die vor der Auflösung stehen.

Anhang

Oppositionelle und gegenkulturelle Bewegungen in Ost- und Westdeutschland

In diesem Positionspapier werden die oppositionellen und gegenkulturellen Bewegungen in Ost- und Westdeutschland von 1945 bis heute als nur temporär getrennte Teile eines schließlich wieder zusammen strebenden Ganzen betrachtet. Um die Übersicht bei der Darstellung zu wahren, werden die BRD- und DDR-Bewegungen nacheinander beschrieben. Die geopolitische Einbettung, die staats- und verfassungsrechtliche sowie die soziokulturelle Verschiedenheit der Gesellschaftsordnungen bilden den Bezugsrahmen für das Spektrum der jeweiligen Bewegungen bis 1989/90. Seit 1990 agieren die zuvor getrennten Bewegungen nunmehr unter den gleichen politischen Rahmenbedingungen.

Bundesrepublik Deutschland bis 1989

Die Entwicklung der Bundesrepublik wurde von Beginn an von öffentlichen Protesten begleitet. Die Protestierenden griffen unterschiedliche Themen, Vorgänge, Zustände und Entwicklungen in Politik und Gesellschaft auf. Sie gingen als Gruppe oder einzelne/r AkteurIn auf die Straße, verfassten und verbreiteten Flugblätter, Dokumentationen und Pamphlete, plakatierten, bemalten Straßen und Gebäude mit Parolen und politischer Kunst. Die einen setzten bewusst auf gewaltfreien Widerstand, unterstützt durch provokativ-kreative Performance. Andere organisierten sich in Graswurzelbewegungen und entwickelten alternative Lebensformen. Wieder andere setzten als politisches Mittel auf militanten Widerstand, zum Teil mit Sachbeschädigung und tätlichen Angriffen gegen die Staatsgewalt. Die Themen des Protests und des Widerstandes sowie die Suche nach Alternativen zum Vorgegebenen standen in unmittelbarer Beziehung zu den Themen der Zeit in Politik, Kultur und Gesellschaft.

Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren in der Bundesrepublik – nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Befreiung vom Faschismus – geprägt von der Friedensbewegung, der Bewegung gegen die Westbindung und damit gegen die mögliche dauerhafte Teilung Deutschlands, die Remilitarisierung der Bundesrepublik und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr.¹⁵ Die Breite der zeitgenössischen außenpolitischen Debatten und das Engagement von Teilen der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland brachten den Wunsch nach dauerhaft friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern zum Ausdruck. Das Misstrauen gegen den Kommunismus, geschürt durch den beginnenden Kalten Krieg und das Blockdenken, gipfelte im KPD-Verbot und einer politischen Verfolgung von KommunistInnen und ihnen tatsächlich oder nur vermutet nahe stehenden Linken. In der Arbeitswelt trieb der Kampf um die Mitbestimmung viele Menschen auf die Straße. In der Musik, Literatur und Kunst wurde nach der langen Zeit der nationalsozialistischen „Gleichschaltung der Kultur“ bisher Verbotenes wiederbelebt und Neues ausprobiert.

Mit Beginn der 1960er Jahre richteten sich die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und die daraus hervorgehende Außerparlamentarische Opposition (APO) gegen die Einschränkungen der Bürgerrechte durch die Regierung und das Parlament. Die StudentInnen-, SchülerInnen- und Lehrlingsbewegung, die Neue Linke und politische Intellektuelle wollten „mehr Demokratie wagen“ in Hochschule, Schule, Betrieb und Politik. Auch das Privatleben wurde politisiert, wie es die Kommune-Bewegung prominent propagierte. Die neue Frauenbewegung¹⁶ nahm in dieser Zeit mit Protesten gegen den § 218, der Thematisierung von Gewalt in Beziehungen und der Gründung erster Frauenhäuser ihren Anfang. Subkulturen beeinflussten jugendliche Lebensstile. Zur internationalen Solidarität wurde gegen den Krieg in Vietnam, die Militärdiktatur in Griechenland und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ aufgerufen.

Zu Beginn der 1970er Jahren entstanden an vielen Hochschulstandorten marxistisch-leninistisch ausgerichtete sogenannte ML- bzw. K-Gruppen und -Parteien¹⁷, die eine große Zahl an Mitgliedern für einen revolutionären Weg in eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft gewannen. Internationale Solidarität wurde für die Befreiungsbewegungen in Südamerika (Argentinien, Chile), Nahost (Palästina) und Südostasien (Vietnam) mobilisiert. Gleichzeitig entwickelte sich eine Vielzahl anderer Gruppen: Die Spannweite der politischen und soziokul-

turellen Szenen, Gruppen, Initiativen und Parteien war nahezu unübersehbar. Der Protest und das Ausprobieren von alternativen Lebensformen und -entwürfen breitete sich – abhängig vom inhaltlichen Schwerpunkt – über weite Teile des Landes, sprich von den Metropolen über die Klein- und Mittelstädte bis in die Dörfer aus. Die Heterogenität der Gegenbewegungen und -kulturen lässt sich hier nur in Stichworten andeuten: Alternativbewegung (Stadt-, Land-, Kultur- und Produktionskommunen oder -initiativen), Internationalismus, Anti-Apartheid-Bewegung, Separatisten- und Regionalisten-Bewegungen, Bürgerinitiativen, Stadtteilinitiativen, frühe Hausbesetzerbewegung, militant-behafteter Widerstand der Roten Armee Fraktion¹⁸, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen, Antirepressionsbewegung (Berufsverbote, § 129a), Mieterinitiativen (Weißer Kreis), Frauenbewegung, Schwulen-, Lesben- und Homosexuellenbewegung und -subkulturen. Viele verfügten über eigene Verlage, Zeitschriften, Treffpunkte und Projekte. Die Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung nahm ihren Anfang und die Friedensbewegung blieb weiter aktiv. Gegen die Übermacht einer bürgerlichen Presse- und Verlagslandschaft boten die bundesrepublikanischen Protestbewegungen eine politisch, kulturell und geografisch breit aufgestellte Gegenöffentlichkeit auf. In ihren verschiedenen Medien (Publikation, Zeitung, Stadtmagazin, Radio-, Film- und Videogruppe) bekam eine facettenreiche Gegenkultur Raum und Stimme.

Die 1980er Jahre stehen für zunehmende Aktivitäten der Anti-AKW- und der Ökologiebewegung sowie der Friedens- und Abrüstungsbewegung. Die Stadt war der Aktionsraum der Haus- und Instandbesetzer-Bewegung, der Stadtteilinitiativen, der Erwerbslosen- und Jobberbewegung sowie der Krüppelbewegung. Die Frauenbewegung etablierte und weitete sich aus. Neben der Reform des Ehe- und Familienrechts wurde Frauenförderung in Kommunen und Verwaltungen zum umfassenden Thema und es entstanden zahlreiche selbstorganisierte Frauenprojekte. Die Antirepressionsbewegung wehrte sich gegen den Überwachungsstaat und die Initiativen gegen die Volkszählungen gegen den Versuch, die gläsernen BürgerInnen durchzusetzen. Solidaritätsinitiativen aus dem Westen unterstützten die – nach der Niederschlagung in den 1950er (DDR, Ungarn) und den 1960er Jahren (Tschechoslowakei) - neu entstandene demokratische Opposition in Osteuropa und der DDR. In diesem Jahrzehnt veränderte sich die Parteienlandschaft und mit ihr die Zusammensetzung der Parlamente in den Kommunen, Ländern und im Bundestag grundlegend. VertreterInnen aus verschiedenen Teilbewegungen gründeten die Partei „Die Grünen“ und zogen nach erfolgreicher Wahl 1983 in den Bundestag ein. Auf Landes- und Kommunalebene waren es grün-bunt-alternative Bündnisse, die erstmals neben den etablierten Parteien in den verschiedenen parlamentarischen Organen Platz nahmen. Dieses Jahrzehnt kann als die Hochzeit der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik gelten: Die Anzahl der Protestaktionen und der dabei mobilisierten Menschen erreichte bis dahin nicht gekannte Ausmaße.¹⁹ Herausragend und prägend waren die Großdemonstrationen gegen das AKW in Brokdorf und gegen den NATO-Doppelbeschluss.

Deutsche Demokratische Republik bis 1989

Unter gänzlich anderen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, deshalb auch mit anderen, eher versteckten Formen zum Ausdruck gebracht, war auch die Gesellschaft der

DDR durch vielfältige Protestaktivitäten²⁰ geprägt. Ein umfangreicher staatlicher Repressionsapparat war Indikator des weitgreifenden Misstrauens gegenüber dem Eigensinn des Individuums und der Bevölkerung insgesamt. Verweigerung, Protest und Widerstand bildeten sich in nonkonformistischen und widerständigen Milieus (Kirche, Kultur und Subkultur) aus.

Die DDR hatte einerseits offiziell mit der autoritären, nazistischen und militaristischen Vergangenheit Deutschlands gebrochen, andererseits ein alle gesellschaftlichen Bereiche beherrschendes sozialistisches Ein-Parteien-System errichtet, mit einem fast allgegenwärtigen, repressiven Geheimdienst (MfS) und einer die Staatsgrenzen auch nach innen sichernden Volksarmee, das sich gegen politisch, kulturell und religiös Andersdenkende mit allen Mitteln zu verteidigen suchte. StudentInnen, ArbeiterInnen und BäuerInnen bekamen diesen Herrschafts- und Machtanspruch im ersten Jahrzehnt des Bestehens der DDR mit besonderer Härte zu spüren. Viele vermeintliche oder tatsächliche GegnerInnen des neuen Systems wurden in Speziallager und Zuchthäuser verbracht. Mehrere Tausend Menschen kamen darin um.²¹ Waren es in den 1950er Jahren bspw. GegnerInnen der Kollektivierung und Verstaatlichung sowie Mitglieder der Jungen Gemeinden, die sich Repressionen ausgesetzt sahen, gerieten in den 1960er und 1970er Jahren z. B. Menschen in den Fokus der Beobachtung, die sich eine Veränderung des Staates auf der Grundlage der sozialistischen Idee wünschten. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, der in der Tschechoslowakei 1968 bis zur militärischen Niederschlagung erprobt wurde, fand auch in der DDR AnhängerInnen. Außerdem blieben kulturelle Entwicklungen in der Bundesrepublik auch in der ostdeutschen Republik nicht ohne Resonanz. Ein Beispiel dafür ist die Beatbewegung, die im Mai 1965 2.000 Menschen in Leipzig auf die Straße brachte. blieb den Unzufriedenen und Verfolgten in der DDR zunächst noch die Möglichkeit der Flucht in die Bundesrepublik Deutschland, so wurde mit dem Mauerbau im August 1961 auch dieses Schlupfloch geschlossen.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im August 1975 verpflichtete sich die DDR zur Anerkennung der menschlichen Grundrechte. Wenngleich in der Folge dennoch nicht von Gedanken- und Überzeugungsfreiheit in der DDR die Rede sein konnte, so konnten sich Oppositionelle nun auf ein offiziell anerkanntes Dokument berufen, dessen Umsetzung international beachtet wurde. Auch Anträge auf Ausreise z. B. in die Bundesre-

¹⁵ Wolfgang Kraushaar: Die Protestchronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. Hamburg 1996.

¹⁶ Vgl. Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Hg. von Ilse Lenz. Wiesbaden 2008.

¹⁷ Vgl. Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre. Frankfurt am Main 2005.

¹⁸ Vgl. Die RAF und der linke Terrorismus. Hg. von Wolfgang Kraushaar. Hamburg 2006.

¹⁹ Vgl. Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. von Dieter Rucht. Frankfurt am Main 2001.

²⁰ Vgl. Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Hg. von Ulrike Poppe, Rainer Eckert u. Ilko-Sascha Kowalczyk. Berlin 1995; Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin 1997; Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Geschichte in der DDR. Hg. von Ehrhart Neubert u. Bernd Eisenfeld. Bremen 2001.

²¹ Vgl. Ansgar Borbe: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes. Erfurt 2010, S. 21f.



publik ließen sich mit Hinweis auf die Schlussakte begründen. Allerdings blieb man weiterhin der staatlichen Willkür ausgeliefert, vor allem bei der Genehmigung einer Ausreisewilligung, die von der SED-Diktatur zur Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen eingesetzt wurde. Nach der Veröffentlichung der Charta 77 in der Tschechoslowakei gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes und der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność 1980 in Polen, die auch der DDR-Opposition Auftrieb verliehen, waren es in der DDR – parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik – nicht zuletzt die Themen Umwelt und Frieden, die häufig unter dem Dach der Kirche zur Gründung oppositioneller Gruppen führten. Diese waren dann auch die Keimzellen für die Friedliche Revolution von 1989. Sowohl die Montagsdemonstrationen als auch die Runden Tische, an die die SED gezwungen wurde, Macht abzugeben, wären ohne die oppositionellen BürgerrechtlerInnen kaum denkbar gewesen.

Während die Repression z. B. durch die Unterlagen der Staatssicherheit und anderer Staatsorgane gut dokumentiert ist, gibt es – aus Gründen der Geheimhaltung und Verfolgung – deutlich weniger Dokumente der DDR-Opposition. Umso wichtiger ist es, diese als Beispiele von Zivilcourage dauerhaft zu erhalten.

Bundesrepublik Deutschland ab 1990

In den 1990er Jahren kritisierten die GegnerInnen der erfolgten deutschen Vereinigung unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ die daraus erwachsenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Solidaritätsbewegungen entstanden für die sich ausbreitenden Demokratiebewegungen in Osteuropa. Seit den 2000er Jahren sind vor allem die Anti-Globalisierungsbewegung, die Antirassismusbewegung, die Unterstützergruppen für Flüchtlinge und Asylsuchende und die Antifa-Bewegung, die gegen die zunehmende Radikalisierung in den rechtsextremen Szenen auftreten, präsent.²²

Ein Ende der Protestbewegungen ist nicht in Sicht.

²² Vgl. Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Hg. von Jens Mecklenburg. Berlin 1996. Bednarz, Liane; Giesa Christoph: Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte. München 2015. Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Hg. von Stefan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster. Wiesbaden 2015.

LANDESVERBAND BERLIN IM VdA

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DES LANDESVERBANDS BERLIN IM VdA

Berlin verfügt mit über 130 Archiven über eine vielfältige und sehr heterogene Archivlandschaft. Das Fehlen eines regionalen Netzwerkes empfanden daher viele Berliner Archivarinnen und Archivare, gerade auch aus kleineren Einrichtungen, als Mangel. Um die beruflichen Interessen und den fachlichen Austausch besser koordinieren zu können, reifte im Herbst 2015 auf Initiative einiger Berliner Kolleginnen und Kollegen der Entschluss, einen Landesverband Berlin im VdA zu gründen.

Auf Einladung des VdA und der Berliner Gründungsinitiative fand am 14. April 2016 die Gründungsversammlung statt. Über 20 Prozent der Berliner Mitglieder des VdA und weitere interessierte Archivarinnen und Archivare sowie in Archiven Beschäftigte folgten der Einladung und beteiligten sich in den Räumen der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin-Mitte an der Gründungsversammlung. Der Vorsitzende des VdA Ralf Jacob M. A. sagte in seinem Grußwort die Unterstützung des Bundesverbandes zu und begrüßte die Gründung dieses regionalen Verbundes, übrigens dem ersten eines Stadtstaates. Dr. Wolf-

gang G. Krogel, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg im VdA, betonte in seinem Grußwort die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der beiden Landesverbände, um archivarische Interessen in der Region Berlin-Brandenburg gemeinsam verstärkt vertreten zu können.

In einer anregenden Diskussion, zu der Dr. Torsten Musial als Mitglied der Gründungsinitiative in seinem Impulsreferat ausdrücklich eingeladen hatte, wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung als zukünftige Aufgaben des Landesverbandes Berlin eine enge Kooperation hinsichtlich von Fragen der Aus- und Weiterbildung mit der Fachhochschule Potsdam, der Landesfachstelle Archive und Bibliotheken in Potsdam sowie dem Kompetenzzentrum Bestandserhaltung der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Zu begrüßen sei auch eine Zusammenarbeit und Mitarbeit im Notfallverbund Berlin-Brandenburg, die Aktualisierung der letztmalig 2003 erschienen Broschüre „Berliner Archive“ sowie die Mitarbeit bei der Novellierung des Berliner Archivgesetzes. Der neue Landesverband solle zukünftig